

**Niederschrift
über die 43. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses**

Sitzung am :	Montag, den 17.09.2018
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 20:10 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Levente Sárközy

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Klaus Jäger
Herr Rico Kusche
Herr Dieter Rappenhöner
Herr Wolf-Rüdiger Ruppin
Herr Thomas Salzmann
Herr Bernd Stubenrauch

Beratendes Mitglied

Frau Ilona Gogsch
Herr Matthias Gräf
Herr Rüdiger Müller
Herr Frank Thiele
Herr Günter Wetzel

Abwesende:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Dieter Blechschmidt	entschuldigt
Herr Ralf Bräunel	entschuldigt
Frau Ilka Reißner	entschuldigt

Beratendes Mitglied

Herr Ludwig Bergmann	entschuldigt
Herr Thomas Huscher	entschuldigt
Herr Karl-Jörg Rößiger	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Ullmann	FGL Tiefbau	zu allen TOP
Frau Winkler	FGL Stadtplanung und Umwelt	TOP 4.
Frau Päßler	FG Stadtplanung und Umwelt	TOP 3.
Herr Forster	FG Stadtplanung und Umwelt	TOP 5.1., 8.
Herr Markert	Gebäude- und Anlagenverwaltung	TOP 5.2
Frau Seeling	Behinderten- und Ausländerbeauftragte	TOP 2.

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Frau Buchta, Vorsitzende Verein Wohn- und Lebensräume e.V.	TOP 2.
Herr Dörffel, Leiter Familienkompetenzzentrum JuLe	TOP 2.
Herr Steffen, Geschäftsführer Regionalverbandes Vogtländischer Kleingärtner e.V.,	TOP 5.1
Herr Niehus, Freie Presse	öffentlicher Teil
Frau Henze, Vogtlandanzeiger	öffentlicher Teil

Tagesordnung öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Beantwortung von Anfragen
- 1.3. Informationen des Bürgermeisters
2. Erfahrungsbericht aus dem Fördergebiet ESF: Vorstellung des Familienkompetenzzentrums "JuLe"
3. Information zum Spielplatz Tischerstraße
4. Beschlussfassung
- 4.1. Aufhebung der Anforderungen zum Nutzungskonzept Villa Hofwiesenstraße 24 mit Villengarten
Drucksachenummer: 873/2018
5. Vorberatung
- 5.1. Kleingarten-Konzept der Stadt Plauen 2035 – Teil A (Teilfachkonzept des „Stadtkonzeptes Plauen 2033“)
Drucksachenummer: 787/2018
- **Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, Reg.-Nr. 303-18 - Stellungnahme der Verwaltung**
- 5.2. Hempelsche Fabrik Halle 2 - Umbau zur Kindertagesstätte
Drucksachenummer: 860/2018
6. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 43. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses wird von Herrn Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift werden die Stadträte Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion und Wolf-Rüdiger Ruppin, CDU-Fraktion, vorgeschlagen und bestätigt.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 43. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses wird bestätigt.

1.2. Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen.

1.3. Informationen des Bürgermeisters

Herr Bürgermeister Sárközy informiert über die Eröffnung des Projekts „Elsterterrassen“ am 18.10.2018, 16:00 Uhr.

2. Erfahrungsbericht aus dem Fördergebiet ESF: Vorstellung des Familienkompetenz-zentrums "JuLe"

Zum TOP werden Frau Buchta, Vorsitzende des Vereins Wohn- und Lebensräume e.V. und Herr Dörffel, Leiter des Familienkompetenzzentrums JuLe begrüßt.

Der Verein ist einer der Projektträger für das ESF „Nachhaltiges soziales Stadtentwicklungsprogramm“. „JuLe“ steht für „Junges Leben“ im Verein Wohn- und Lebensräume e.V. Frau Buchta erläutert, dass hier die Integration junger Familien, Alleinerziehender und sozial schwacher Familien im Vordergrund steht. Im November 2017 konnte auf der Jöbnitzer Straße 48 ein Begegnungszentrum eröffnet werden.

Herr Dörffel informiert, dass der Ausschreibung des Fördergebietes „Östliche Bahnhofsvorstadt“ ein gebietsbezogenes integriertes Handlungskonzept vorausging, in dem Bedarfe, Defizite, Chancen und Ressourcen benannt wurden, die im Fördergebiet vorliegen. In diesem Bereich liegt ein leichtes Bevölkerungswachstum (Zuwanderung) und überdurchschnittlicher Migrantenanteil vor, ein überdurchschnittlicher Anteil an unter 65-Jährigen (30-40 Jahre) und innerhalb dieser Gruppe ein enorm hoher Anteil an ALG 2-Empfängern. In dieser sozial schwachen Struktur kommen auch gewisse Probleme im sozialen Leben einher. Es gibt kaum Angebote in den Bereichen Beratung, Bildung, Freizeit für Jugendliche und Erwachsene. Außerdem nimmt die Zahl von Kindern aus Familien mit schwierigerem, sozialen Hintergrund zu.

JuLe versteht sich als Kontakt- und Beratungsstelle für Familien, Alleinerziehende und die Nachbarschaft im Stadtteil. Ansatz soll Hilfe zur Selbsthilfe und die Stärkung von Alltagskompetenzen sein.

In der Kontaktstelle soll ein gegenseitiger Austausch stattfinden, das Knüpfen neuer Kontakte, Aktivierung und Engagementförderung sowie informelle Bildung.

Es wurde u. a. ein Erste Hilfe-Kurs am Kleinkind angeboten, eine ehrenamtliche Hausaufgabenbetreuung, die „Tragestunde“ – Beratung zu Babytragesystemen und deren Anwendung sowie Windel- und Babypflegeberatung.

Unterstützung erhält das Zentrum in Form von Geld-, Material- und Arbeitszeitpenden z. B. von der Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH, Möbel Biller, enviaTHERM, EDEKA Voigt, kleineren Handwerksbetrieben, Privatpersonen sowie ehrenamtliche Hilfe durch Projektteilnehmer.

Zum jetzigen Zeitpunkt hat JuLe 284 Menschen erreicht mit insgesamt 863 Projektteilnahmen, davon kamen 374 Teilnahmen aus dem Fördergebiet.

Soziale Beratung wird schwerpunktmäßig zur Ausstellung von Bezugsscheinen für den Möbel-Sozial-Fundus genutzt. Andere Beratungsthemen betreffen Sucht, Schulden, Obdachlosigkeit, Trennung, die Vermittlung an Beratungsstellen oder Beantragung von Leistungen.

Herr Thiele, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, unterstützt den Verein als Vorstand. Er merkt an, dass es wichtig ist, Stadtentwicklung nicht nur aus baulicher Sicht zu betrachten, sondern die Aufmerksamkeit auch auf die Gebietskulisse zu lenken. Solche Projekte werden flächendeckend in der gesamten Stadt benötigt. Er bittet die Stadtverwaltung und die Stadträte hier um Unterstützung.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt, wie lange die Fördermaßnahme noch besteht.

Frau Buchta antwortet, dass das Projekt bis 31.05.2019 gefördert ist. Es ist vorgesehen, einen Verlängerungsantrag zu stellen, da noch mindestens zwei weitere Jahre gebraucht werden, um JuLe nachhaltig zu etablieren.

Weiterhin macht Herr Stadtrat Jäger darauf aufmerksam, dass im Chrieschwitzer Hang ebenfalls eine derartige Einrichtung notwendig wäre, da auch hier eine Vielzahl solcher Probleme vorliegen.

Herr Bürgermeister Sárközy weist darauf hin, dass es viele Stadtteile in Plauen gibt, in denen es wichtig wäre, soziale Unterstützung zu geben.

Frau Buchta ergänzt, dass u. a. mit dem Verein Kaleb und dem Jugendzentrum Boxenstop bereits Gespräche geführt wurden. So ist im nächsten Jahr vorgesehen, durch den Verein in Chrieschwitz einen Nachbarschaftstreff zu eröffnen, um auch hier präsent zu sein.

Frau Seeling, Behinderten- und Ausländerbeauftragte, erklärt, dass sie als Stadtteilmanagerin ausführlich über die Projekte im Fördergebiet Östliche Bahnhofsvorstadt in der Ausschusssitzung am 05.11.2018 informieren wird.

3. Information zum Spielplatz Tischerstraße

Frau Päßler, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, stellt das Projekt anhand einer Präsentation vor.

Es handelt sich um ein Leitprojekt des Städtebauförderprogrammes „Soziale Stadt – östliche Bahnhofsvorstadt 2016-2025“. Die Sanierung des Spielplatzes und der Tischerstraße soll noch in diesem Jahr bis Beginn des nächsten Jahres umgesetzt werden. Das Projekt ist bereits ausgeschrieben und vergeben. Es kann eine 2/3 Förderung in Anspruch genommen werden.

Der Spielplatz Tischerstraße ist einer der am stärksten frequentierten Spielplätze in Plauen und ein zentraler Quartierstreffpunkt. Die derzeitige Spielfläche beträgt ca. 730 m². Pro Kind stehen ca. 2,6 m² Spielraum auf öffentlichen Flächen in der Bahnhofsvorstadt (Richtwert = 8,5 m²) zur Verfügung.

Der Spielplatz wurde 1999 das letzte Mal saniert. Deshalb ist es erforderlich, den Bereich an die neuen Nutzungsbedürfnisse anzupassen. Auch mangelt es an Alternativen in der Umgebung.

In der östlichen Bahnhofsvorstadt leben 4.487 Einwohner, davon gibt es insgesamt 739 Kinder, von denen 283 Kinder 0-6 Jahre, 229 Kinder 6-12 Jahre und 227 Kinder 12-18 Jahre alt sind (Stand: 31.12.2016).

Der Spielplatz soll als offener Bereich mit einem Angebot für alle Altersklassen entstehen. Hierbei soll auch die Tischerstraße mit einbezogen werden, wo für die Jugendlichen Skaterkanten angebracht werden und eine Tischtennisplatte aufgestellt wird. Dieser hintere Teil der Straße wird als verkehrsberuhigter Bereich ausgebaut.

Für die Jüngeren wird es verschiedene Schaukeln, Klettermöglichkeiten sowie Wipptiere und einen Sandkasten geben. Außerdem sollen mehrere Bänke für die Eltern aufgestellt werden.

Die Wegeverbindung von der Tischerstraße zur Reißiger Straße wird beleuchtet.

Der Spielplatz wird durch Hecken eingegrünt, zur Straße wird aus Sicherheitsgründen eine Zaunanlage gestellt.

Die Baukosten für den Spielplatz betragen 361.258 EUR brutto, für Straße und Beleuchtung 305.938 EUR brutto.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne-Fraktion, fragt bezüglich des eventuell dort geplanten Kreisverkehrs für die Edeka-Kaufhalle, ob das Planungsbüro und die Straßenverkehrsbehörde darüber informiert wurden.

Frau Päßler antwortet, dass dies beachtet wurde. Die Einrichtung eines runden Kreisverkehrs würde nicht beeinträchtigt werden.

Herr Stadtrat Kusche, FDP-Fraktion/Initiative Plauen, fragt, ob es sich bei der genannten Summe um die geschätzten Baukosten handelt.

Frau Päßler erläutert, dass es das Submissionsergebnis ist.

4. Beschlussfassung

4.1. Aufhebung der Anforderungen zum Nutzungskonzept Villa Hofwiesenstraße 24 mit Villengarten

Drucksachenummer: 873/2018

Frau Winkler, Fachgebietsleiterin Stadtplanung und Umwelt, erläutert die Vorlage.

Bei der damaligen Ausschreibung hatte sich nur ein Bieter gemeldet. Da es bei den Verkaufsverhandlungen zu verschiedenen Änderungen, auch bezüglich der Grundstücksgröße, kam, wurden innerhalb der Verwaltung rechtliche Bedenken geäußert.

Bei einer erneuten Ausschreibung sollen die Anforderungen für den Verkauf der Villa vereinfacht werden.

Es ist seitens der Verwaltung nicht geplant, einen neuen Kriterienkatalog zum Beschluss zu bringen, sondern nur die alte Ausschreibung aufgehoben und eine gewerbliche Nutzung gefordert werden.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion die LINKE., merkt an, dass der damalige Preis am gegenwärtigen maroden Zustand orientiert war und nicht an dem Standortvorteil, den es in ca. 10 Jahren haben wird.

Herr Stadtrat Kusche, FDP-Fraktion/Initiative Plauen, fragt, ob es nach Aufhebung der Kriterien eine neue Ausschreibung gibt und nicht automatisch der neue Bewerber den Zuschlag erhält.

Es sollte sich aber seitens der Verwaltung mehr Zeit gelassen werden, bis dort auch ein Baufortschritt zu sehen ist.

Herr Bürgermeister Sárközy antwortet, dass sich auf die Ausschreibung dann neu beworben werden muss.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU, kann aus der Vorlage nicht erkennen, wann die alte Ausschreibung aufgehoben wird.

Herr Bürgermeister Sárközy erklärt, dass die Ausschreibung bereits aufgehoben wurde.

Weiterhin möchte Herr Gräf wissen, wie die Rechtssicherheit für maximal eine Betriebsleiterwohnung zur gewerblichen Nutzung hergestellt werden soll.

Frau Dr. Gogsch, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., fragt, ob es richtig ist, dass nicht die gesamte Grundlage der Ausschreibung aufgehoben wurde, sondern größtenteils Bestandteil der neuen Ausschreibung ist. Hierbei stellt sich ihr die Frage, ob die Größe der Fläche geändert und dem Rahmenplan angepasst wird.

Herr Bürgermeister Sárközy erläutert, dass heute der aus einem Antrag der SPD/Grüne-Fraktion folgende geänderte Beschluss der Verwaltungsvorlage, Drucksachenummer: 498/2016, aufgehoben werden soll.

Dann erfolgt die neue Ausschreibung. In dieser soll schriftlich festgehalten werden, dass eine Nutzung als reines Wohnen nicht erlaubt ist. Es ist aber nicht vorgesehen, dass ein Beschluss der neuen Kriterien erfolgt.

Über die Höhe der Quadratmeter kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Auskunft gegeben werden und wird heute auch nicht beschlossen.

Herr Stadtrat Jäger schließt sich der Meinung von Frau Dr. Gogsch an, dass eine konkrete Angabe der Fläche aufgeführt werden muss.

Herr Bürgermeister Sárközy stimmt dem zu. Sinnvoll wäre es, eine größere Fläche für die Förderung einer gewerblichen Nutzung auszuschreiben.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne-Fraktion, möchte wissen, ob bezüglich der Prüfung eines eventuellen Vergabeverstoßes auch Druck von außen kam.

Weiterhin fragt Herr Stadtrat Stubenrauch, ob der damalige Bieter über die Aufhebung der Ausschreibung informiert wurde.

Herr Bürgermeister Sárközy antwortet, dass dies der Fall ist.

Herr Gräf fragt, ob die zur Villa gehörenden Flächen eventuell in ihrer Bodenbeschaffenheit nicht der ausreichenden Qualität entsprachen, sowohl für die Verwaltung zum Verkauf als auch für den Käufer und der Boden nun qualitativ verbessert wird.

Frau Winkler erläutert, dass damals ein Grundstück von 1.000 m² ausgeschrieben wurde.

Zwischendurch wurde dies um eine Potentialfläche erweitert, aber wieder zurückgezogen. Ein Bodenaustausch findet nur im Bereich der Kita statt.

Herr Stadtrat Salzmann, CDU-Fraktion, stellt den Antrag, die neue Ausschreibung dem Stadtbau- und Umweltausschuss vor Veröffentlichung vorzulegen.

Herr Stadtrat Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, stellt fest, dass, wenn die Nutzung nicht dem reinen Wohnen dienen soll, ein Anteil zu nennen ist, was maximal Geschossfläche sein darf.

Er stellt den Antrag, in die Ausschreibung aufzunehmen, dass nicht mehr als ein Drittel der derzeitigen Gebäudegeschossfläche dem Wohnen dienen darf. Dann würde der gewerbliche Zweck auch räumlich überwiegen. Davon ausgenommen wäre, wenn noch ein Gebäudeteil angebaut wird.

Herr Bürgermeister Sárközy schlägt vor, dass dieser inhaltliche Teil heute nicht beschlossen werden soll, da der weiterführende Antrag von Herrn Stadtrat Salzmann bereits beinhaltet, dass die Verwaltung den Ausschussmitgliedern eine vernünftige Konzeption vorlegen soll.

Herr Stadtrat Rappenhöner nimmt seinen Antrag zurück, bittet aber um Aufnahme seines Vorschlags in die Niederschrift.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über den Antrag von Herrn Stadtrat Salzmann ab.

Abstimmung:: 6 Ja- Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über die Verwaltungsvorlage, Drucksachennummer: 873/2018, ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtbau- und Umweltausschuss der Stadt Plauen hebt den Beschluss über die Anforderungen zum Nutzungskonzept für den Verkauf der Villa Hofwiesenstraße 24 mit Villengarten vom 16.01.2017 auf.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

5. Vorberatung

5.1. Kleingarten-Konzept der Stadt Plauen 2035 – Teil A (Teilfachkonzept des „Stadtkonzeptes Plauen 2033“)

Drucksachenummer: 787/2018

- Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, Reg.-Nr. 303-18 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., beantragt im Auftrag seiner Fraktion Rederecht für Herrn Gerd Steffen, Geschäftsführer des Regionalverbandes Vogtländischer Kleingärtner e.V., der zum Tagesordnungspunkt anwesend ist.

Herr Bürgermeister Sárközy bringt den Antrag zur Abstimmung:

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über den Antrag der SPD/Grüne-Fraktion ab. Dem Antrag wird zugestimmt.

Herr Bürgermeister Sárközy führt in die Problematik ein.

Ausgangspunkt war ein Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 162-16, im Dezember 2016, in dem die Verwaltung beauftragt werden sollte, gemeinsam mit dem Regionalverband der Kleingärtner ein Kleingartenentwicklungskonzept zu erarbeiten. Die Verwaltung nahm dazu Stellung. Die Problematik wurde im Stadtbau- und Umweltausschuss am 24.04.2017 behandelt. Hier wurde sich auf den Beschlussvorschlag geeinigt, dass durch die Verwaltung die Datengrundlage über Zustand und Nutzung der Kleingartenanlagen zu aktualisieren und eine Informationsvorlage vorzulegen ist.

In der Begründung der Stellungnahme schlug die Verwaltung ein dreistufiges Vorgehen vor: die Erarbeitung der Informationsvorlage, die Entwicklung des Kleingarten-Konzeptes Teil A und B. Zum heutigen Zeitpunkt wurde bereits das Kleingarten-Konzept Teil A erarbeitet.

Herr Forster, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation, die den Fraktionen vorliegt.

Herr Bürgermeister Sárközy weist bezüglich der drei Hauptziele darauf hin, dass die Schaffung belastbarer Vereins- und Vorstandsstrukturen nicht Aufgabe der Stadt Plauen, sondern des Regionalverbandes Vogtländischer Kleingärtner ist. Der maßvolle Um- und Rückbau von Überkapazitäten muss auf Anregung des Regionalverbandes in Zusammenarbeit mit der Stadt Plauen erfolgen.

Auch die Forcierung aller Marketing-Aktivitäten sieht Herr Bürgermeister Sárközy nicht als städtische Aufgabe. Hier muss kritisch betrachtet werden, inwieweit die Kapazitäten der Verwaltung für den Regionalverband zur Verfügung gestellt werden sollen. Dass Probleme bestehen, ist bekannt und diese müssen selbstverständlich behandelt werden. Es stellt sich aber die Frage, ob die Federführung für eine Konzepterstellung aufgrund der hohen Arbeitsbelastung bei der Stadtverwaltung liegen soll oder beim Regionalverband, dem die Stadt dann gerne Unterstützung gibt.

Herr Stadtrat Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, stellt den Antrag seiner Fraktion vor.

Er beanstandet in der Stellungnahme der Verwaltung, dass im Beschlussvorschlag nicht die Mitarbeit von interessierten Stadträten jeder Fraktion festgeschrieben ist. Dass die Verwaltung hieran arbeitet, wird vorausgesetzt.

Deshalb stellt Herr Stadtrat Rappenhöner einen Antrag auf Änderung des Beschlussvorschlags der Verwaltung. Dieser solle lauten:

Fazit:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den Teil B des Kleingarten-Konzeptes die Mitarbeit **von interessierten Stadträten** an der bereits eingerichteten Arbeitsgruppe der Kleingärtner zur Abstimmung der Kleingartenentwicklungskonzeption **zu ermöglichen**. Die Organisation und Abwicklung sowie die Federführung des Gremiums soll unter der Leitung des Regionalverbandes der Kleingärtner e.V. erfolgen.

Herr Stadtrat Ruppin, CDU-Fraktion, kann sich eine Mitarbeit in der o. g. Arbeitsgruppe vorstellen. Er berichtet, dass, wenn in seiner Kleingartensparte ein Garten leer steht, auch Nachbarn diesen übernehmen und ihr Grundstück damit vergrößern. Wenn das Gartengrundstück im äußeren Bereich liegt, könnte auch über Pkw-Stellplätze nachgedacht werden.

Bei Gärten, die augenscheinlich nicht genutzt werden, sollte sich mit den Pächtern in Verbindung gesetzt werden, um den Zustand zu beseitigen bzw. ihn zur Aufgabe des Gartens zu bewegen.

Die Kleingartenanlagen, die nur noch wenige Pächter aufweisen, müssen sozialverträglich rückgebaut werden.

Herr Bürgermeister Sárközy weist darauf hin, dass die Stadt Plauen Generalpachtverträge mit dem Regionalverband der Kleingärtner abgeschlossen hat, in dem die Rechte und Pflichten geregelt sind. Die Flächen werden dem Regionalverband damit zur Verfügung gestellt.

Deshalb ist auch auf Verbandsebene die Entscheidung über eventuellen Rückbau zu treffen, mit dem dann an die Stadt Plauen herangetreten und um Unterstützung gebeten werden kann.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, vertritt die Meinung, dass die Stadt als Partner der Vorstände und Eigentümer sehr wohl für ihre Flächen Sorge zu tragen hat. Wenn sich Kleingärten darauf befinden, hat die Stadt zu steuern, in welcher Art und Weise diese funktionieren und ob diese zurückgebaut werden müssen oder nicht.

Herrn Gräf fehlen Visionen, die die Stadtverwaltung entwickeln müsste, wie mit Leerständen umgegangen werden kann. Hierbei können auch die Stadträte zu Rate gezogen werden.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., bedankt sich bei der Verwaltung für ihre geleistete Arbeit.

Die Kleingärten der Stadt Plauen sind ein wesentliches Element der landschaftsplanerischen Sichtweise und Bestandteil des Stadtkonzeptes 2033. Deshalb sieht er die Stadtverwaltung in der Verantwortung für das soziale und ökologische Gemeinwesen.

Die Beschlussfassung des Teil B sollte möglichst im Februar 2019 erfolgen, auch wenn es noch Ecken und Kanten gibt. Durch ein Monitoring kann hier noch nachgearbeitet werden.

Frau Dr. Gogsch, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., stellt fest, dass bereits das Stadtkonzept 2012/Fachkonzept Umwelt, die Erarbeitung eines Kleingartenkonzeptes beinhaltet. Sie sieht momentan in den Schwerpunkten den ökologischen Ansatz noch zu gering, besonders in der Funktionsvielfalt. Es fehlt die Leitlinie der Ökologie, da hier die ökologischen Aufgaben als Beitrag an den Klimawandel, die Biodiversität und an die Grünstruktur einer Stadt stehen. Es kommt gegenwärtig noch nicht in dem Maße zum Ausdruck, wie sie sich den städtischen developmentpolitischen Teil eines Kleingartenkonzeptes vorstellt. Dies kann nicht Sache des Regionalverbandes sein, hier muss die Stadt auch Gedanken entwickeln, wie und an welchen Stellen man etwas weiterentwickeln möchte.

Herr Stadtrat Rappenhöner stellt ebenfalls fest, dass allein der Bezug auf die Pachtverträge unangemessen ist. Ein maßvoller Rückbau ist eine städtische Größenordnung, an der die Stadt und die Stadträte mitarbeiten müssen. Dass die Schaffung belastbarer Vereins- und Vorstandsstrukturen Angelegenheit der Vereine ist, stimmt er Herrn Bürgermeister Sárközy zu. Aufgabe der Stadt sollte es aber auch sein, gewisse Prozesse zu unterstützen, als Beispiel sei hier die Unterstützung einer Forcierung von Marketingaktivitäten genannt.

Es stellt sich Herr Steffen, Geschäftsführer des Regionalverbandes Vogtländischer Kleingärtner e.V., vor.

Er gibt einen Einblick in die Arbeit des Verbandes.

Herr Steffen dankt der Verwaltung für die Erarbeitung des Kleingarten-Konzeptes, da sie in Teil 2 bereits effektive Maßnahmen aufgezeigt hat, wie die Umsetzung erfolgen kann.

Der Regionalverband arbeitet ebenfalls seit ca. einem Jahr gezielt daran, d. h. es besteht eine Internetpräsenz, es werden öffentliche Ausstellungen angeboten und es finden Präsentationen bei Veranstaltungen und Stadtfesten statt. Außerdem stehen zwei Lehrgärten bereit, um den Kindern die Natur näherzubringen.

Probleme dagegen wird es künftig bei der Erreichbarkeit von einigen Gartenanlagen geben. Herr Steffen fordert die Stadt noch einmal eingehend auf, sich zu ihren Flächen zu bekennen, d. h. schnellstmöglich ein Kleingarten-Konzept zu beschließen.

Frau Dr. Gogsch, erläutert, dass das Bundeskleingartengesetz auch aussagt, dass, wenn z. B. eine Kleingartenanlage für ein Bauprojekt in Anspruch genommen wird, die Pächter nicht nur zu entschädigen, sondern auch Ersatzkleingärten zu schaffen sind. Dies wäre bei dem Wegfall der Kleingartensparte „Frühau“ der Fall. In Zusammenarbeit mit dem Regionalverband sollten hier Lösungen gesucht werden.

Herr Bürgermeister Sárközy weist darauf hin, dass Herr Oberbürgermeister bei der Gebäude- und Anlagenverwaltung eine Koordinierungsstelle eingerichtet hat. Hierüber werden den Pächtern der Sparte „Frühau“ Ersatzgärten angeboten. Derzeit gibt es in der Stadt Plauen ca. 130 leerstehende Gärten.

Herr Stadtrat Ruppin merkt an, dass hier unnötig verhärtete Fronten geschaffen werden. Wenn ein Rückbau erfolgt und Grundstücke an die Stadt zurückgegeben werden, sollte die Stadt dies wohlwollend unterstützen.

Herr Bürgermeister Sárközy stimmt zu, dass hierbei selbstverständlich Unterstützung gegeben wird. Gleichzeitig bittet er um Verständnis, dass Flächen, die zurückgebaut werden sollen, der Regionalverband benennen muss.

Herr Stadtrat Salzmann, CDU-Fraktion, erklärt abschließend, dass diese Vorgehensweise richtig ist. Die Aussage von Herrn Bürgermeister Sárközy, dass Generalpachtverträge mit dem Regionalverband der Kleingärtner bestehen und die Stadtverwaltung sich nicht in der Pflicht sieht, ist seiner Fraktion zu wenig. Es wird ein gemeinsames Miteinander gewünscht.

Herr Bürgermeister Sárközy stellt den o. g. Antrag von Herrn Stadtrat Rappenhöner zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über den Antrag ab.

Abstimmung: 6 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

Weiterhin stellt Herr Bürgermeister Sárközy die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über die Verwaltungsvorlage, Drucksachenummer 787/2018, ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt das Kleingarten-Konzept der Stadt Plauen 2035 – Teil A (siehe Anlage) als Basis für die Weiterentwicklung des Kleingartenwesens in der Stadt und beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung des Teiles B (Maßnahmen).

Abstimmung: 6 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

5.2. Hempelsche Fabrik Halle 2 - Umbau zur Kindertagesstätte ***Drucksachenummer: 860/2018***

Herr Markert, Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation und gibt einen Überblick über die Weiterentwicklung der Planungen.

Herr Stadtrat Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, kritisiert die Nachforderungen des Staatsbetriebes Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB), durch die höhere Kosten verursacht wurden.

Herr Markert relativiert die Kritik an der SIB. Nicht alle Mehrkosten kamen aufgrund der Umplanungskosten zustande, es liefen noch weitere Honorarkosten auf.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt, ob zu erwarten ist, dass die Stellungnahme der Bauaufsicht bis zum Baubeginn vorliegt.

Herr Bürgermeister Sárközy erklärt, dass ohne Baugenehmigung nicht begonnen werden kann.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über die Verwaltungsvorlage, Drucksachennummer: 860/2018, ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den aktualisierten Planungsstand für den Umbau der Halle 2 der ehemaligen Hempelschen Fabrik zur Kindertagesstätte zur Kenntnis und beschließt auf dieser Grundlage die Realisierung des Vorhabens.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

6. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob die Bickelstraße noch in diesem Jahr instandgesetzt wird. Hiervon wäre auch die Plauener Straßenbahn GmbH in Kenntnis zu setzen, da die Nachtbuslinie zwischen Ostvorstadt und Südvorstadt anders geführt werden muss.

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, antwortet, dass der Beginn der Baumaßnahme im Oktober sein soll. Die Information der PSB GmbH ist Bestandteil der verkehrsrechtlichen Anordnung.

Plauen, den

Plauen, den

Levente Sárközy
Bürgermeister

Wolf-Rüdiger Ruppin
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Angela Gebhardt
Schriftführerin

Dieter Rappenhöner
Stadtrat